

Die Kosten der Einheitsgemeinde sind umstritten

Abstimmung Bülach Die Sekundarschulgemeinde hat ausrechnen lassen, was ihre Auflösung kostet. Drei der fünf beteiligten Gemeinden müssten mehr zahlen. Die Befürworter der Einheitsgemeinde bezweifeln das.

Daniela Schenker

Es ist ein offenes Geheimnis: Die Bülacher Sekundarschulpflege möchte eigenständig bleiben. Sie stellt sich deshalb gegen das Ansinnen der GLP Bülach. Diese forderte im November 2019 mit einer Einzelinitiative die Prüfung der Auflösung der Sekundarschulgemeinde und damit die Einheitsgemeinde. Am 27. September befinden die Stimmberechtigten der fünf Schulkreismunicipalitäten Bülach, Bachenbülach, Höri, Hochfelden und Winkel, ob sie eine solche Prüfung wollen. Im Hinblick auf diesen Urnengang hat die Sekundarschulbehörde von der Fachstelle swissplan.ch die finanziellen Auswirkungen berechnen lassen und nun veröffentlicht.

Das Resultat: Die Stadt Bülach hätte mit jährlich 1,1 Millionen Franken höheren Aufwendungen zu rechnen. Hochfelden müsste 400'000 Franken und Bachenbülach 200'000 Franken mehr zahlen als heute. Profitieren könnte hingegen die Gemeinde Winkel, welche 1,6 Millionen weniger beisteuern müsste. Auch Höri würde um 100'000 Franken günstiger fahren.

Schulgeld statt Steuern

Bei einer Auflösung der Kreisgemeinde könnten die übrigen Gemeinden ihre Schüler weiterhin nach Bülach schicken. Bezahlen würden sie neu über ein Schulgeld und nicht wie bisher über Steuern. Auf Basis der Zahlen von 2018 hat swissplan.ch berechnet, dass Bülach 64 Prozent der Schüler, aber bloss 59 Prozent der Erträge an die heutige Kreis-



Die Schulverwaltung der Sekundarschule Bülach. Die Sekundarschulbehörde hat die finanziellen Auswirkungen einer Einheitsgemeinde berechnen lassen. Foto: Paolo Carrasco

meinde beisteuert. Bülach würde neu schlechter fahren, weil der Anteil Schüler deutlich höher ist als der Anteil an Steuerertrag. Proportional noch stärker ist Hochfelden betroffen. Winkel hat umgekehrt den deutlich höchsten Steuerertrag mit den wenigsten Schülern.

Da die Studie aus dem Januar erst kürzlich offengelegt wurde, kann man beim Initiativkomitee der GLP noch keine umfassende Stellungnahme abgeben. Man werde die Studie

noch detailliert anschauen. «Wir freuen uns jedoch, dass die Sekundarschulpflege die Studie doch noch öffentlich zugänglich macht, nachdem sie sich im März und im Juni weigerte, diese dem Initiativkomitee zuzustellen», sagt GLP-Präsidentin Daniela Gramegna. Auf den ersten Blick erschienen die Berechnungen von swissplan.ch aber nur beschränkt aussagekräftig. «Die Studie ignoriert kostenmässige Synergieeffekte, die durch eine Einheitsgemeinde

entstehen könnten, systematisch», sagt Gramegna. Über ein allfällig vorhandenes Sparpotenzial, welches nicht nur der Stadt Bülach, sondern auch den Kreisgemeinden zugute käme, äussere sich die Studie deshalb nicht: «Um dies fundiert abzuklären, bedarf es am 27. September ein Ja zur Einzelinitiative.»

Dies ermögliche eine sorgfältige Abklärung der Chancen und Stolpersteine einer Einheitsgemeinde. So könnten die Stimmberechtigten auf der Basis von

Fakten im Rahmen einer zweiten Abstimmung fundiert entscheiden. «Erfahrungsgemäss sprechen aber neben kostenmässigen Synergieeffekten auch Vereinfachung von Strukturen, die professionelle politische Steuerung und Kontrolle der Schule sowie die demokratische Repräsentativität für eine Einheitsgemeinde», sagt Gramegna. Aktuell würden nämlich nur 0,25 Prozent aller Stimmberechtigten an den Versammlungen der Sekundarschulgemeinde teilnehmen.

Die Sekundarschulbehörde betont in ihrer Medienmitteilung, die finanziellen Auswirkungen seien zwar ein wichtiger Bestandteil der öffentlichen Meinungsbildung. «Für die Sekundarschulbehörde sind sie jedoch nicht von Belang.» Eine Auflösung der Sekundarschulgemeinde berge das Risiko, dass sich Gemeinden anderweitig orientierten und neue Kooperationen eingingen. «Die Schülerzahlen könnten schrumpfen – und mitschrumpfen müsste zwangsläufig auch das Lernangebot.» Die Sekundarschulbehörde möchte darum an der bestehenden Rechtsform festhalten.

«Eine Momentbetrachtung»

Die Gemeinde Hochfelden hat erst aus der Medienmitteilung erfahren, dass der Wechsel zur Einheitsgemeinde wesentliche Mehrkosten bedeuten würden. Die Idee einer Einheitsgemeinde habe man jedoch schon vor dem Bericht klar abgelehnt. «Die ablehnende Haltung des Gemeinderats wird dadurch natürlich noch verstärkt», sagt Gemeindeglied Thomas Lüssli auf Anfrage.

Auch Winkel möchte am Status quo festhalten – und das in Kenntnis potenzieller Minderkosten von 1,6 Millionen Franken. «Die Berechnungen von swissplan bringen schon erhebliche Unterschiede zutage», sagt Gemeindepräsident und Finanzvorstand Marcel Nötzli, «aber es ist eine Momentbetrachtung.» Denn einerseits würde die Steuerkraft auch in Winkel schwanken, und andererseits seien die Kosten einer künftigen Lösung völlig unklar. Es sei seit fast 180 Jahren das Prinzip der Kreisgemeinde, dass ein einheitlicher Steuerfuss über das ganze Gemeindegebiet erhoben werde. Da gebe es Unterschiede, die von den Gemeinden solidarisch zu tragen seien. «Und Winkel war auch nicht immer so reich wie heute», stellt Nötzli klar. Der Gemeinderat stütze sich nicht primär auf finanzielle Motive. Denn es sei völlig unklar, wie die künftige Lösung aussehen und bei welcher Gemeinde man sich anschliessen würde. Der Fokus liege auf dem Verlust der politischen Einflussmöglichkeiten. Mit einer Einheitsgemeinde wäre die Auflösung der Kreisgemeinde verbunden. Die Winkler Behörden und Stimmberechtigten würden politisch jeden Einfluss verlieren, und man wäre der Anschlussgemeinde faktisch ausgeliefert. «Das wäre aus Winkler Sicht ein Verlust», sagt Gemeindepräsident Nötzli.

Informationsanlass zum Thema «Soll das Erfolgsmodell Sekundarschulgemeinde Bülach aufgelöst werden?»: Dienstag, 1. September, 19.30 bis 21 Uhr, Foyer Schulhaus Hinterbirch, Bülach.